
BESCHLUSSVORLAGE

(Nr. 0048/2023/2)

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Kreistag	13.03.2023	öffentlich

Beitritt in den Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz (Antrag der Bündnis 90/ Die Grünen-Kreistagsfraktion vom 16.12.22)

Sachverhalt:

Der Kommunale Klimapakt (KKP) ist ebenso wie das Kommunale Investitionsprogramm Klima und Innovation (KIPKI) (s. auch Vorlage 0048/2023/2 KIPKI) Teil der kommunalen Klimaoffensive der Landesregierung.

Im September 2022 wurde dieser unter Federführung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität beschlossen. Damit sollen rheinland-pfälzische Kommunen, die sich den Klimazielen des Landes „Klimaneutrales Rheinland-Pfalz“ (2035-2040) anschließen, in den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung beraten und bei der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zur Erreichung der gesetzten Klimaschutzziele unterstützt werden. (s. Anlage 1 Faktenpapier KKP)

Die Beratung erfolgt in erster Linie über die Energieagentur RLP und das Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen RLP; dafür sollen zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Die Kommunen erhalten je nach Ausgangslage und Gegebenheiten bedarfsgerechte Beratungen bei der Planung, Antragstellung und Durchführung von Klimaschutzmaßnahmen.

Konkret umfasst die Unterstützung:

- Beratungsangebote zu klimagerechter Kommunalentwicklung und Umsetzungsplanung
- bedarfsorientierte Fördermittelberatung
- Leitlinien und Instrumente für Monitoring und Controlling von Maßnahmen
- Vernetzung, Erfahrungs- und Wissensaustausch

Die Kommunen können dem Klimapakt über die Abgabe einer entsprechenden Erklärung (s. Anlage 2) beitreten. Voraussetzung ist ein Gremienbeschluss, dieser ist der Beitrittserklärung beizufügen. Ein Beitritt ist ab dem 1.3.2023 möglich, aber auch zu einem späteren Zeitpunkt.

Im Rahmen der Vereinbarung bekennen sich die Kommunen zu den Klimaschutzzielen des Landes und verpflichten sich, ihre Anstrengungen in Klimaschutz und

Klimawandelanpassung erkennbar zu verstärken und die Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen zu forcieren. Dafür sind entsprechende personelle Kapazitäten bereitzustellen.

Des Weiteren sind in der Beitrittserklärung Maßnahmen in den Bereichen Klimaschutz und Klimawandelanpassung zu benennen, die der Kreis in Angriff nehmen möchte. Eine Liste beispielhafter Maßnahmen dient dabei als Orientierungshilfe (s. Anlage 3).

Der Kommunale Klimapakt ist zunächst für die Jahre 2023 und 2024 ausgelegt, für 2025 ist eine Fortschreibung angedacht, in der auch eine mögliche erhöhte Förderung für KKP-Kommunen thematisiert werden soll.

Beschlussempfehlungen des Kreisausschusses und des Umweltausschusses an den Kreistag

Der Kreisausschuss hatte in seiner Sitzung am 6.2.2023 den Beitritt des Kreises zum KKP erörtert und beschlossen, dem Kreistag den Beitritt zum KKP zu empfehlen.

Gleichzeitig hatte er die Angelegenheit zur weiteren Beratung einschließlich Beschlussempfehlung an den Kreistag in den zuständigen Umweltausschuss verwiesen.

Der Umweltausschuss hat in seiner Sitzung am 3.3.2023 den Beitritt des Kreises zum Kommunalen Klimapakt RLP (KKP) beraten und den einstimmigen Beschluss gefasst, dem Kreistag den Beitritt zum KKP zu empfehlen. (s. Beschlussvorschlag oben)

BESCHLUSSVORSCHLAG:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt den Beitritt des Landkreises Trier-Saarburg zum Kommunalen Klimapakt Rheinland-Pfalz

Anlagen:

- Faktenpapier KKP
- Beitrittserklärung
- Orientierungshilfe Maßnahmen